

Energiesicherheit: Wie sichern wir die Offshore-Infrastruktur?“

Positionspapier, Stand 22. Februar 2024

Schutz der Offshore-Windenergie ist eine Sicherheitsfrage

Mit dem Ausbau der Offshore-Windenergie nimmt diese Technologie eine immer wichtigere Rolle für die Energieversorgung Deutschlands ein. Deshalb setzen wir uns für den Schutz der Windparks und der Netzanbindungssysteme vor physischen und digitalen Angriffen ein.

Die Offshore-Windenergie speist aktuell 8,5 GW Strom von über 1.500 Anlagen in das Stromnetz ein. Bis 2045 sollen insgesamt 70 GW in das deutsche Stromnetz bzw. 300 GW in das europäische Stromnetz eingespeist werden. Die Offshore-Windenergie stellt damit ein wichtiges Standbein für die klimaneutrale Energieversorgung Deutschlands und Europas dar.

Die Sicherheit Deutschlands und der NATO-Staaten ist auch in den Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee zu gewährleisten

Die Offshore-Infrastruktur ist sicherheitsrelevant. Der Schutz der maritimen kritischen Infrastruktur über und unter Wasser ist von entscheidender Bedeutung.

Der Vorfall der Sichtung einer russischen Militärmaschine kurz vor der Insel Rügen im Januar 2024 zeigt, wie wichtig die Sicherung der Energieversorgung auf dem Meer auch vor physikalischen Angriffen ist.

Schutz maritimer Infrastruktur vor physischen Angriffen

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine, bei dem vorsätzlich die Strom- und Heizkraftwerke des Landes zerstört wurden sowie mit der Sprengung der Nord Stream Pipeline zeigt sich: Angriffe oder Sabotage an Infrastrukturen der Energieversorgung stehen im Fokus.

Kritische Punkte der Infrastruktur der Offshore Windenergie befinden sich im Küstenmeer, der Ausschließlichen Wirtschaftszone und auf hoher See. Das bedeutet unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen der Bundespolizei, der Marine und der Wasserschutzpolizeien der Küstenländer. Eine enge Abstimmung ist zu gewährleisten.

Die Frage stellt sich daher, wie gut die Offshore-Windenergie vor physischen Angriffen geschützt ist.

Handlungsempfehlungen:

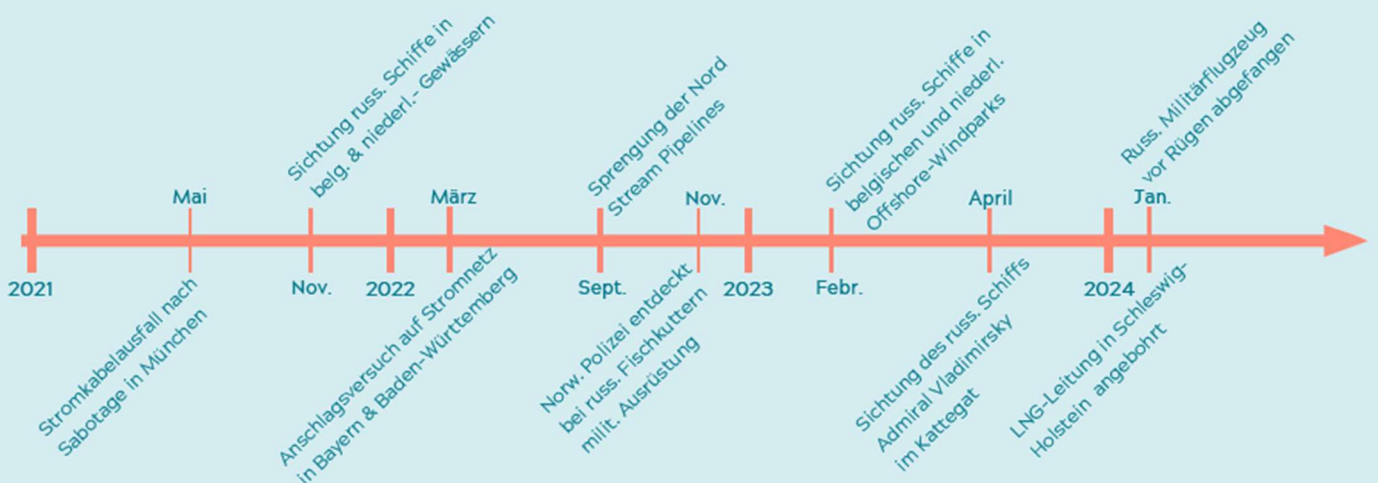
1. **Staat sollte Verantwortung übernehmen.**
 - Im Ernstfall sind staatliche Sicherheitskräfte gefordert
 - Die Branche unterstützt, meldet etwa bei Wartungsarbeiten die Sichtung unbekannter Schiffe

2. **Umfassendes Lagebild des Seeraums – auch unter Wasser**
 - Das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) sollte gestärkt werden
 - Bundespolizei, Marine, die Wasserschutzpolizeien und das Havariekommando sollten sich enger abstimmen

3. **Im Ernstfall schnell handeln**
 - Zeitkritische Situationen sollten vorbereitet und eingeübt werden
 - Zeitverluste vermeiden

4. **Stärkung der Bundespolizei**
 - Die Bundespolizei braucht Ausrüstung
 - Sie sollten gemeinsam mit Betreibern und Behörden den Ernstfall trainieren

Infrastruktur im Fokus von Saboteuren:



Grafik: © BWO